Reichspost
20./VI.1916

Lebensmittelversorgung.

Die städtische Brotfabrik.

Zu dem Projekte der Errichtung einer städtischen Brotfabrik — zu dem man im Rathause, wie hervorgehoben werden soll, noch nicht Stellung nahm — äußert sich das Organ des Verbandes der Wiener Bäckermeister:

„Das ist richtig, daß die Gemeinde mit der Errichtung einer städtischen Brotfabrik ein gutes Geschäft machen könnte. Dieselbe braucht nur alle Lieferungen für die städtischen und für die Landesanstalten, welche heute ausnahmslos durch die Kleinbetriebe erfolgen, selbst in die Hand zu nehmen und der Bestand des neuen Unternehmens wäre gesichert, wie sich dann auf diesem Wege alle Kategorien der Kontrahenten ersetzen lassen. Man wartet aber auch eine bestimmt erfolgende Regulierung der Preise im Verhältnisse zu den großen privaten Brotfabriken. Das ist ein aufgelegter Unsinn, der mit Hinweis auf die Riesengewinne der Brotfabriken während der Kriegszeit nicht entschuldigt wird. Diese Riesengewinne sind nur bei jenen Fabriken eingetreten, welche ärarische Lieferungen erhalten hatten und außerdem beim Beginn der Mehlnot die Konjunktur auszunützen in der Lage waren. Man will auch in der Errichtung einer städtischen Brotfabrik eine Frage von sozialer und wirtschaftlich-politischer Bedeutung erblicken. Das ist absurd. Eine kommunale Brotfabrik könnte gegebenenfalls höchstens parteipolitisch von Bedeutung werden. An den Produktionsverhältnissen aber würde sich sehr wenig ändern, da die städtische Brotfabrik weder besser noch billiger arbeiten könnte als andere Großbetriebe. Freilich würde dies neue Unternehmen prosperieren, wofür ja schon der eigene Verbrauch der Gemeinde die Gewähr gibt. Die städtische Brotfabrik könnte sich dann auch rasch vergrößern, aber sie würde dies einzig und allein auf Kosten der Kleinbetriebe tun können und den Großbetrieben nicht im mindesten schaden. Mit dem sich erwartenden Reingewinn allein kann der Gemeinde nicht gedient sein, ebensowenig mit der freudigen Zustimmung gewerbefeindlicher Demagogen.